



Bundesministerium
des Innern

Tarifverhandlungen 2012



Pressemappe

www.bmi.bund.de

Informationen des Bundes zur Lohnrunde 2012

Wichtige Informationen in Kürze.....	3
Was wird verhandelt?	3
Für wen wird verhandelt?	3
Wer verhandelt?	4
Verhandlungspartner bei den Arbeitgebern Bund und VKA	4
Verhandlungspartner bei den Gewerkschaften ver.di und dbb tarifunion	5
Die Position des Bundes	6
Welche Kostenfolgen haben die Forderungen der Gewerkschaften?	6
Mehrkosten für den Bund pro Jahr	6
Tarifabschluss der Länder	7
Berücksichtigung der Besonderheiten im öffentlichen Dienst	7
Zahlen, Daten, Fakten.....	8
Entgelttabellen TVöD (gültig ab 01.08.2011)	8
Beschäftigte des Bundes am 30.06.2010	9
Beschäftigte im unmittelbaren Bundesbereich	9
Unterscheidung nach Statusgruppen – unmittelbarer Bundesdienst	9
Entwicklung der (Personal-)Ausgaben des Bundes seit 2004 (in Mrd. €)	9
Unterscheidung nach Aufgabenbereichen	10
Verteilung der Tarifbeschäftigten des Bundes nach Entgeltgruppen	10
Glossar	11
I. Grundlagen Tarif- und Beamtenrecht	11
Tarifvertrag	11
Entgelt	11
Eingruppierung	12
Arbeitszeit	12
Auszubildende	12
Beamtinnen und Beamte	13
II. Tarifverhandlungen – Verfahren	15
Kündigung der Entgelttabellen des TVöD, Nachwirkung	15
Friedenspflicht und Arbeitskampfmaßnahmen	15
Schlichtung	15
Geltung des Verhandlungsergebnisses	16

Wichtige Informationen in Kürze

Was wird verhandelt?

In den Tarifverhandlungen werden die **Entgelte** der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Tarifbeschäftigte) des Bundes und der kommunalen Arbeitgeber verhandelt. Die Gewerkschaften haben als **Kernforderung** eine lineare Erhöhung der Entgelte um 6,5 %, mindestens aber 200 € gefordert. Das Gesamtvolumen aller Forderungen (unter Einbeziehung auch der Forderungen zu den Auszubildenden) liegt bei Bund und VKA bei rd. 8%.

Für wen wird verhandelt?

Verhandelt wird für die Tarifbeschäftigten

- des Bundes und
- der kommunalen Arbeitgeber,

deren Arbeitsverhältnisse durch den **Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)** geregelt sind.

Was ist der TVöD?

Der TVöD ist am 1. Oktober 2005 in Kraft getreten und hat den Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) für Angestellte und die entsprechenden Manteltarifverträge für Arbeiter abgelöst. Der TVöD enthält u. a. Regelungen über die Arbeitszeit, das Entgelt, den Urlaub, die Befristung und Beendigung der Arbeitsverhältnisse. An die Stelle des Lohnes für Arbeiter sowie der Vergütung für Angestellte ist im TVöD einheitlich das Entgelt für alle Tarifbeschäftigten getreten.

Für wen wird nicht verhandelt?

Nicht verhandelt wird für Beschäftigtengruppen, für die der TVöD nicht gilt:

- Beamte, Richter und Soldaten: deren Arbeitsbedingungen - einschließlich der Bezahlung - sind gesetzlich geregelt.
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Länder: für 14 Bundesländer hat die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) einen eigenständigen Tarifvertrag für die Länder (TV-L) abgeschlossen. In den Ländern Hessen und Berlin gilt jeweils ein eigener, grds. am TV-L orientierter, Tarifvertrag.

Wer verhandelt?

Verhandlungspartner bei den Arbeitgebern Bund und VKA

Bund

www.bmi.bund.de

Der Bereich des öffentlichen Dienstes fällt nach der Geschäftsverteilung der Bundesregierung dem Bundesministerium des Innern (BMI) zu.

Verhandlungsführer ist

der Bundesminister des Innern
Dr. Hans-Peter Friedrich.



VKA

www.vka.de

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände ist der tarifpolitische und arbeitsrechtliche Dachverband der Arbeitgeber der kommunalen Verwaltungen und Betriebe in Deutschland mit Sitz in Frankfurt/Main. Mitglieder sind die kommunalen Arbeitgeberverbände der Bundesländer.

Verhandlungsführer ist

der Präsident der VKA,
berufsm. Stadtrat der Stadt München,
Dr. Thomas Böhle.



Verhandlungspartner bei den Gewerkschaften ver.di und dbb tarifunion

ver.di

www.verdi.de

Die **Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft** hat nach eigenen Angaben rund 2,1 Millionen Mitglieder. Bundeskongress und Gewerkschaftsrat sind die höchsten Organe, der Bundesvorstand führt die Geschäfte. Ver.di handelt zugleich für die

- Gewerkschaft der Polizei (GdP),
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Verhandlungsführer ist
der Vorsitzende
Frank Bsirske.



dbb tarifunion

www.dbb.de

Die Tarifunion des **deutschen Beamtenbundes** ist der Dachverband von 38 Fachgewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die nach eigenen Angaben mehr als 360.000 Mitglieder haben. Das oberste Organ der dbb tarifunion ist der alle fünf Jahre stattfindende Gewerkschaftstag. Weitere Organe sind die Bundestarifkommission sowie der die Geschäfte führende Vorstand.

Verhandlungsführer ist
der 1. Vorsitzende
Frank Stöhr.



Die Position des Bundes

Forderungen der Beschäftigten nach Gehaltszuwächsen sind zwar verständlich, sie müssen aber zur Gesamtsituation passen. Das Wirtschaftswachstum wird sich in 2012 nach allen Prognosen deutlich abkühlen, die Bundesregierung geht nur noch von 0,7% aus nach 3 % im letzten Jahr. Gleichzeitig ist die Verschuldung der öffentlichen Haushalte noch immer hoch: wir sind im Bund dabei, die Neuverschuldung zu reduzieren, noch nicht die Schulden. Und selbstverständlich sind die Anforderungen der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse einzuhalten. Diese Rahmenbedingungen spiegeln sich in den zu hohen Gewerkschaftsforderungen leider nicht wieder. Vielmehr stellen die Gewerkschaften sogar höhere Forderungen als noch 2011 gegenüber den Ländern, trotz sinkender Wachstumsprognosen.

Der Bund hat in den letzten zwanzig Jahren bereits über 130.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut. Bei einem zu hohen Lohnabschluss wird der finanzielle Druck noch größer, den Stellenabbau längerfristig fortzusetzen. Dies gilt insbesondere für die Forderung nach einem Mindestbetrag von 200 €, der Kosten in den unteren Entgeltgruppen deutlich anhebt.

Welche Kostenfolgen haben die Forderungen der Gewerkschaften?

Mehrkosten für den Bund pro Jahr

Bereits eine Erhöhung des Entgelts um 1% bedeutet für den Bund folgende Mehrkosten:

- für die Tarifbeschäftigten in Höhe von rund 85 Mio. €/ Jahr,
- für die Beamten und Versorgungsempfänger - für den Fall einer Übernahme in ein Anpassungsgesetz – in Höhe von rund 178 Mio. €/ Jahr,
- gesamte Mehrkosten Bund rund 263 Mio. €/ Jahr.

Aus dem Gesamtvolumen der Gewerkschaftsforderungen von 8% ergeben sich Mehrkosten für die Tarifbeschäftigten von rd. 680 Mio. €. Im Falle einer Übertragung auf Beamte und Versorgungsempfänger erhöhen sich die Mehrkosten auf insgesamt rd. 2,0 Mrd. €.

Der geforderte **Mindestbetrag** von 200,-- Euro führt darüber hinaus in den unteren Entgeltgruppen zu einer überproportionalen **Erhöhung von bis zu 13,5 %**. Hinzu kommen die Forderungen zur Übernahme der **Auszubildenden** und Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100,-- Euro. Dieser Festbetrag entspricht ebenfalls eine **Erhöhung von bis zu rund 13,5 %**.

Tarifabschluss der Länder

Der Tarifabschluss der Länder sieht zwei Erhöhungsschritte vor:

- ab 1.4.2011 +1,5% und Einmalzahlung von 360 Euro
- ab 1.1.2012 +1,9% und anschließend 17 Euro für alle Tabellenwerte.

Die Gewerkschaften haben Anfang 2011 bei den Ländern eine Erhöhung um 3% sowie um 50 Euro für alle Tabellenwerte bei einer Laufzeit von 14 Monaten gefordert.

Berücksichtigung der Besonderheiten im öffentlichen Dienst

Die Gewerkschaftsforderung berücksichtigt keine Besonderheiten des öffentlichen Dienstes, wie z. B.

- Arbeitsplatzsicherheit: Der öffentliche Dienst ist einer der wenigen Bereiche, in dem keine Massentlassungen, Kurzarbeit oder Lohnkürzungen drohen;
- flexible Arbeitszeitgestaltung, die den Beschäftigten ein hohes Maß an Souveränität zur Vereinbarung von Familie und Beruf einräumt;
- Sonderleistungen, wie z. B. die Zusatzversorgung (betriebliche Altersrente) sowie
- Stabilität des Bezahlungsniveaus.

Zahlen, Daten, Fakten

Entgelttabellen TVöD (gültig ab 01.08.2011)

Tabelle TVöD Bund						
(Werte in €)						
Entgelt- gruppe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15	3.723,88	4.131,64	4.283,45	4.825,66	5.237,73	
14	3.372,53	3.741,23	3.958,12	4.283,45	4.782,28	
13	3.109,02	3.448,44	3.632,80	3.990,64	4.489,48	
12	2.786,96	3.090,59	3.524,35	3.903,90	4.391,89	
11	2.689,35	2.982,16	3.199,03	3.524,35	3.996,08	
10	2.591,75	2.873,70	3.090,59	3.307,48	3.719,55	
9	2.289,21	2.537,53	2.667,67	3.014,68	3.285,79	
8	2.142,81	2.374,87	2.483,32	2.580,92	2.689,35	2.757,67
7	2.006,18	2.223,05	2.364,03	2.472,47	2.553,81	2.629,72
6	1.967,13	2.179,67	2.288,12	2.391,14	2.461,63	2.532,13
5	1.884,71	2.087,51	2.190,52	2.293,55	2.369,46	2.423,68
4	1.791,45	1.984,48	2.114,61	2.190,52	2.266,43	2.310,89
3	1.762,19	1.951,94	2.006,18	2.092,93	2.158,00	2.217,64
2	1.625,54	1.800,13	1.854,35	1.908,58	2.027,85	2.152,57
1		1.448,79	1.474,81	1.507,35	1.537,70	1.615,78

Tabelle TVöD VKA						
(Werte in €)						
Entgelt- gruppe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15	3.723,88	4.131,64	4.283,45	4.825,66	5.237,73	5.508,84
14	3.372,53	3.741,23	3.958,12	4.283,45	4.782,28	5.053,38
13	3.109,02	3.448,44	3.632,80	3.990,64	4.489,48	4.695,53
12	2.786,96	3.090,59	3.524,35	3.903,90	4.391,89	4.608,77
11	2.689,35	2.982,16	3.199,03	3.524,35	3.996,08	4.212,96
10	2.591,75	2.873,70	3.090,59	3.307,48	3.719,55	3.817,15
9	2.289,21	2.537,53	2.667,67	3.014,68	3.285,79	3.502,67
8	2.142,81	2.374,87	2.483,32	2.580,92	2.689,35	2.757,67
7	2.006,18	2.223,05	2.364,03	2.472,47	2.553,81	2.629,72
6	1.967,13	2.179,67	2.288,12	2.391,14	2.461,63	2.532,13
5	1.884,71	2.087,51	2.190,52	2.293,55	2.369,46	2.423,68
4	1.791,45	1.984,48	2.114,61	2.190,52	2.266,43	2.310,89
3	1.762,19	1.951,94	2.006,18	2.092,93	2.158,00	2.217,64
2	1.625,54	1.800,13	1.854,35	1.908,58	2.027,85	2.152,57
1		1.448,79	1.474,81	1.507,35	1.537,70	1.615,78

Beschäftigte des Bundes am 30.06.2010

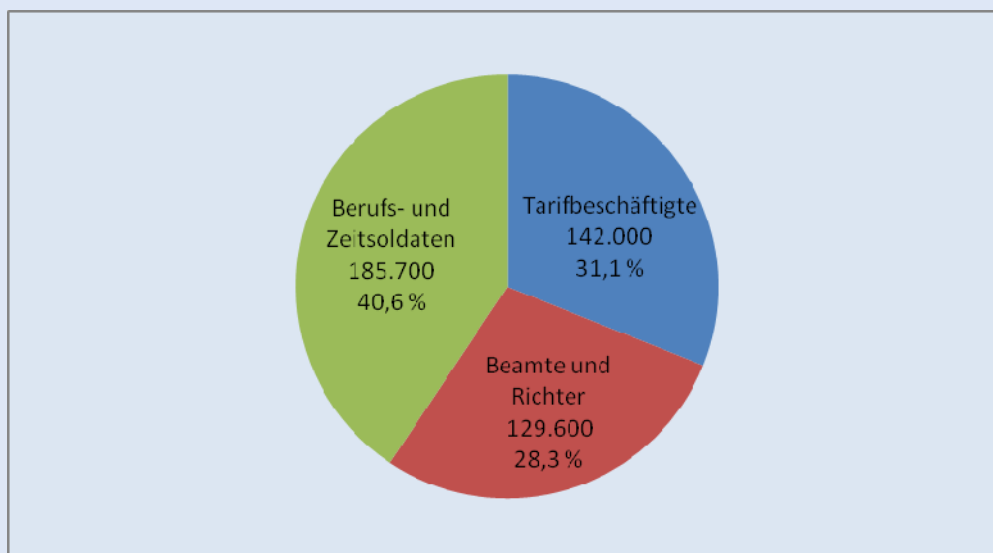
Beschäftigte im unmittelbaren Bundesbereich

Tarifbeschäftigte	142.000	32 %
Beamte und Richter	129.600	28 %
Berufs- und Zeitsoldaten*)	185.700	40 %
Insgesamt	457.300	100 %

*) ohne Grundwehrdienstleistende

(Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6)

Unterscheidung nach Statusgruppen – unmittelbarer Bundesdienst



(Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6)

Entwicklung der (Personal-)Ausgaben des Bundes seit 2004 (in Mrd. €)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Soll 2012
Personalausgaben	26,758	26,372	26,110	26,038	27,012	27,939	28,196	27,8	27,4
Ausgaben insgesamt	251,6	258,8	261,0	270,4	282,3	292,3	319,5	307,4	301,0
Anteil in %	10,6	10,2	10,0	9,6	9,6	9,6	8,8	9,0	9,1

(Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2)

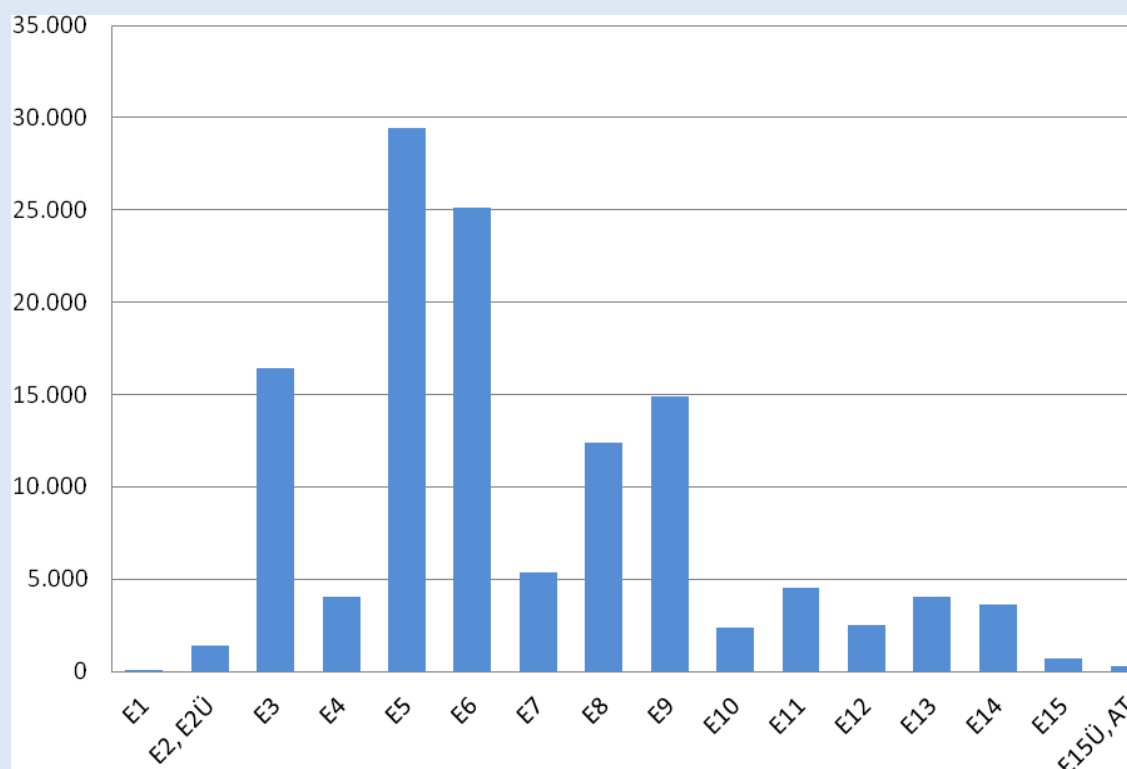
Unterscheidung nach Aufgabenbereichen

(Tarifbeschäftigte, Beamte und Soldaten)

Aufgabenbereich	Beschäftigte	Prozent
Rechtsschutz	4.856	1,1
Auswärtige Angelegenheiten	8.840	1,9
Verkehr und Nachrichtenwesen	23.089	5,0
Zentrale Verwaltung	33.925	7,4
Bundespolizei	39.465	8,6
Finanzverwaltung	41.838	9,1
Verteidigung	275.845	60,3
Sonstige	29.406	6,4
Gesamt	457.264	100,0

(Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6)

Verteilung der Tarifbeschäftigten des Bundes nach Entgeltgruppen



(Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 und Reihe 6)

Glossar

I. Grundlagen Tarif- und Beamtenrecht

Tarifvertrag

Ein **Tarifvertrag** ist ein zivilrechtlicher Vertrag. Sein Inhalt wird von den Vertragsparteien auf der Grundlage des § 1 Tarifvertragsgesetz (TVG) frei ausgehandelt. Er bindet unmittelbar die Mitglieder der Tarifvertragsparteien bzw. die Arbeitgeber, die selbst Parteien des Tarifvertrags sind. Insgesamt gab es im Jahr 2009 rund 67.000 gültige Tarifverträge in Deutschland.

Der mögliche **Inhalt eines Tarifvertrages** ist in § 1 TVG geregelt:

- Rechte und Pflichten der Tarifvertragsparteien, z. B. Festlegung des frühesten Zeitpunkts der Kündigung des Tarifvertrags,
- Regelungen über den Inhalt, den Abschluss und die Beendigung von Arbeitsverhältnissen, z. B. Arbeitszeit, Entgelt, Urlaub, Kündigungsfristen,
- Regelungen über betriebliche und betriebsverfassungsrechtliche Fragen, z. B. Arbeitnehmerschutzvorschriften, Arbeitsordnung (betrieblich), Beteiligungsbefugnisse, Sachmittelausstattung des Betriebsrates (betriebsverfassungsrechtlich).

Im **TVöD** sind die wesentlichen Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer des Bundes und der kommunalen Arbeitgeber vereinbart worden. Ein vergleichbarer Tarifvertrag, der TV-L, besteht für die Tarifbeschäftigten von 14 Bundesländern mit der TdL. Der in den Ländern Hessen und Berlin geltende Tarifvertrag orientiert sich am TV-L.

Entgelt

Das **Tabellenentgelt** bildet den Kern des Entgelts im TVöD. Die Höhe des Tabellenentgelts bestimmt sich nach der Entgeltgruppe, in die der Tarifbeschäftigte eingruppiert ist, und nach der für ihn geltenden Stufe innerhalb der Entgeltgruppe. Es gibt 15 Entgeltgruppen. Beim Bund umfassen die Entgeltgruppen 1 sowie 9 bis 15 (Bund) fünf Stufen, die Entgeltgruppen 2 bis 8 sechs Stufen. Das Erreichen der jeweils nächsten Stufe ist erfahrungszeit- und von Stufe 3 an auch leistungsabhängig (die Stufenlaufzeit kann bei erheblich über dem Durchschnitt liegenden Leistungen verkürzt, bei erheblich unter dem Durchschnitt liegenden Leistungen verlängert werden). Seit dem 1. April 2008 erhalten alle Tarifbeschäftigten des Bundes (Tarifgebiet West und Ost) Entgelt nach einer einheitlichen Entgelttabelle.

Mindestbeträge kommen nur als Bestandteil eines Kombi-Abschlusses mit einer linearen Tarifierhöhung vor. Die Tarifierhöhung muss dabei mindestens einen bestimmten Euro-Betrag erreichen. Soweit die prozentuale Erhöhung dahinter zurück-

bleibt, wird der jeweilige Wert der Entgelttabelle bis zum Erreichen des vereinbarten Mindestbetrags um den Unterschiedsbetrag aufgestockt. Dies führt zu einer überproportionalen Erhöhung in den unteren Entgeltgruppen.

Neben dem Tabellenentgelt werden **weitere Entgeltbestandteile** wie Zulagen und Zuschläge oder die Jahressonderzahlung (sog. Weihnachtsgeld) gezahlt.

Eingruppierung

Das Eingruppierungsrecht bestimmt, welcher Entgeltgruppe ein Beschäftigter zugeordnet ist. Dabei bestimmt die Tätigkeit die Eingruppierung, die am jeweiligen Arbeitsplatz übertragen worden ist. Grundsätzlich gilt dabei: Je höher die Anforderungen an die übertragene Tätigkeit ist, desto höher ist die Entgeltgruppe und desto höher das Tabellenentgelt.

Das Regelwerk, in dem das neue Eingruppierungsrecht des TVöD vereinbart werden soll, ist die **Entgeltordnung**. Bis zum Abschluss der Verhandlungen zur Entgeltordnung gelten die früheren Regelwerke des Bundesangestellten-Tarifvertrags BAT (Vergütungsordnung) und der Manteltarifverträge für Arbeiterinnen und Arbeiter (Lohngruppenverzeichnisse) fort.

Arbeitszeit

Für die Tarifbeschäftigten des Bundes gilt eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von einheitlich 39 Stunden. Für die Beamten des Bundes ist durch Rechtsverordnung (Arbeitszeitverordnung) eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von grundsätzlich 41 Stunden festgelegt. Für die Tarifbeschäftigten im Bereich der Kommunen liegt die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit im Tarifgebiet Ost bei 40 Stunden und im Tarifgebiet West bei 39 Stunden.

Auszubildende

Die Ausbildungsquote in der unmittelbaren Bundesverwaltung liegt stabil über 7%.

Ausbildungsentgelte im Bereich des Bundes und der Kommunen

Seit dem 1. August 2011 betragen die Ausbildungsentgelte im öffentlichen Dienst (Bund und Kommunen) für

Auszubildende nach Berufsbildungsgesetz:

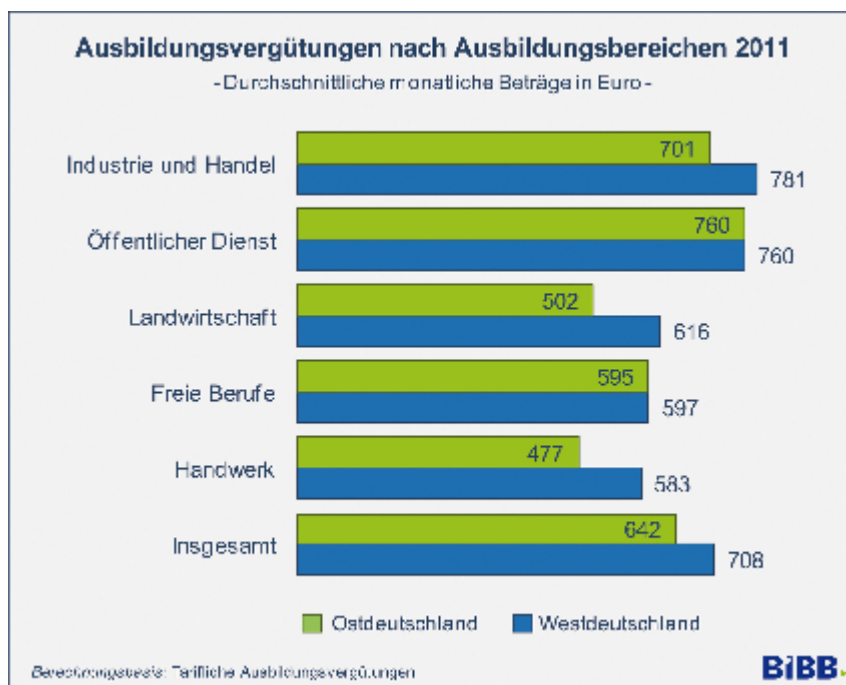
Ausbildungsentgelt	Ausbildungsjahr
703,26 €	im 1. Ausbildungsjahr
753,20 €	im 2. Ausbildungsjahr
799,02 €	im 3. Ausbildungsjahr
862,59 €	im 4. Ausbildungsjahr

Schüler in der Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege, Entbindungspflege und Altenpflege:

Ausbildungsentgelt	Ausbildungsjahr
825,69 €	im 1. Ausbildungsjahr
887,07 €	im 2. Ausbildungsjahr
988,38 €	im 3. Ausbildungsjahr

Betrachtung nach Ausbildungsbereichen

Der Trend, dass die Ausbildungsvergütungen in Industrie und Handel sowie im öffentlichen Dienst überdurchschnittlich hoch sind, hat sich auch im Jahr 2011 fortgesetzt.



Beamtinnen und Beamte

In der Bundesrepublik Deutschland sind zur Erledigung öffentlicher Aufgaben nicht nur Arbeitnehmer beschäftigt, sondern auch Beamte, Richter und Soldaten. Die Ausübung hoheitlicher Befugnisse ist als ständige Aufgabe in der Regel solchen Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen (Art. 33 Abs. 4 GG). Dies sind die Beamten. Ihr Recht wird durch staatliche Rechtsnormen bestimmt. Diese Regelung durch Gesetz behält es dem Parlament vor, die Pflichten und Rechte der Beamten, sowie deren Besoldung und Versorgung festzusetzen. Auch die Richter und Soldaten stehen in

einem durch Gesetz geregelten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis. Für die Übernahme der Ergebnisse einer Lohnrunde bedarf es eines Gesetzes (Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes). Im Gesetzgebungsverfahren wird festgelegt, ob und wann die Ergebnisse eines Lohntarifabschlusses übernommen werden sollen und können.

II. Tarifverhandlungen – Verfahren

Kündigung der Entgelttabellen des TVöD, Nachwirkung

Die Kündigung der Entgelttabellen des TVöD führt nicht zu einem tariflosen Zustand. Die bisherige Festlegung der Entgelte bleibt so lange maßgebend, bis eine neue Regelung von den Tarifvertragsparteien vereinbart worden ist. Die in § 4 Abs. 5 Tarifvertragsgesetz (TVG) normierte Nachwirkung garantiert, dass die Entgelte auch nach Kündigung der Tabellen zunächst unverändert weitergezahlt werden.

Friedenspflicht und Arbeitskampfmaßnahmen

Während des Nachwirkungszeitraums besteht die während der Laufzeit des Tarifvertrages geltende Friedenspflicht grundsätzlich nicht mehr. Das heißt, Arbeitskampfmaßnahmen wären zulässig. Allerdings dürfen diese erst nach Ausschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten ergriffen werden. Der Arbeitskampf ist nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts nur als letztes mögliches Mittel zulässig („ultima-ratio-Prinzip“). Den Tarifvertragsparteien wird dabei jedoch ein Einschätzungsspielraum eingeräumt.

Schlichtung

Auch nach Ablauf des Tarifvertrags besteht Friedenspflicht zwischen den Tarifvertragsparteien, wenn ein Schlichtungsverfahren durchgeführt wird. Voraussetzungen und Durchführung des Schlichtungsverfahrens sind in der „Vereinbarung über ein Schlichtungsverfahren“ geregelt, die zwischen den Tarifvertragsparteien getroffen worden ist.

Jede Tarifvertragspartei kann das Schlichtungsverfahren einleiten. Die aus zwei unabhängigen Vorsitzenden (den sog. „Schlichtern“) und Vertretern der Tarifvertragsparteien bestehende Schlichtungskommission beschließt spätestens eine Woche nach ihrem ersten Zusammentreffen eine Einigungsempfehlung. Daraufhin müssen die Tarifvertragsparteien die Verhandlungen mit dem Ziel der Einigung wieder aufnehmen. Ab dem Tag des ersten Zusammentretens der Schlichtungskommission, spätestens ab Beginn des dritten Kalendertages nach der Anrufung der Schlichtung besteht Friedenspflicht. Sie endet, wenn die Einigungsempfehlung den Tarifvertragsparteien nicht fristgemäß zugestellt wird oder wenn die wieder aufgenommenen Verhandlungen von mindestens einer Partei für gescheitert erklärt werden.

Geltung des Verhandlungsergebnisses

Bei den Gewerkschaften organisierte Arbeitnehmer

Für die in den Gewerkschaften ver.di, GdP, IG BAU, GEW und dbb tarifunion organisierten Arbeitnehmer von Bund und Gemeinden werden die Ergebnisse der Tarifverhandlungen unmittelbar gelten, da diese Gewerkschaften die Verhandlungspartner der Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen sind und daher ihre Mitglieder tarifgebunden sind (§ 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1 Tarifvertragsgesetz - TVG).

Nicht bei den Gewerkschaften organisierte Arbeitnehmer

Für nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer gelten die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zunächst grundsätzlich nicht. Da aber in der Regel in den Arbeitsverträgen die Anwendung der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes auf das Arbeitsverhältnis vereinbart wird, finden über diese arbeitsvertragliche Bezugnahme die Verhandlungsergebnisse daher auch für die nicht bei den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer Anwendung.

Herausgeber:

Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin